



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

14.02.02

Anspruch und Wirklichkeit einer familienfreundlichen Stadt

Presseerklärung

Bei der Umsetzung des familienfreundlichen Dortmund klaffen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander. Zwar wurden vom Rat „familienpolitische Leitlinien“ beschlossen, deren Umsetzung das Leben mit Kindern in einer Grosstadt wie Dortmund erleichtern soll. Bei der konkreten Umsetzung gibt es jedoch – wie in der Diskussion um den Erhalt von Spielplätzen deutlich geworden – eher gegenteilige Tendenzen.

Dazu stellt der jugendpolitische Sprecher der GRÜNEN, Wolfram Frebel, fest: „Jüngstes Beispiel für den gleichgültigen Umgang mit den Interessen von Kindern und Eltern ist die Planung des neuen Dienstleistungszentrums am Stadthaus. Obwohl es erklärermassen darum geht, den Service zu verbessern und ein modernes, zeitgemäßes Ambiente zu präsentieren, wurde die Schaffung von geeigneten Aufenthalts- und Spielflächen für Kinder im und um das Dienstleistungszentrum nicht berücksichtigt. Auf Nachfrage reagierte die zuständige Dezernentin mit der Empfehlung, doch erst mal die Fertigstellung und den Umzug abzuwarten. Diesem Wunsch der Verwaltung werden wir selbstverständlich nicht folgen, sondern darauf drängen, dass schleunigst konkrete Vorschläge erfolgen, die eine kinder- und elterngerechte Abwicklung von Behördengängen ermöglichen.“

Symptomatisch für die Vernachlässigung zentraler kinder- und jugendpolitischer Ansätze ist auf die Verschleppung von Massnahmen gegen Armut von Kindern und Jugendlichen. Schon im Herbst 2001 sollten dem Rat konkrete Massnahmevorschläge vorgelegt werden. Diese sollten auch Bestandteil der familienpolitischen Leitlinien werden. Wolfram Frebel: „Bis heute gibt es nur Lippenbekenntnisse und keinen substantiellen Massnahmenkatalog. Wir werden die Problematik in der nächsten Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses thematisieren und die Verwaltung auffordern, endlich Ergebnisse ihrer Arbeit zu präsentieren, um im Verlauf dieser Wahlperiode konkrete Verbesserungen der Situation von betroffenen Kindern und Jugendlichen zu erzielen.“